

Israelis gegen die Kriminalisierung politischer Meinungsäußerungen zum Existenzrecht Israels

An die deutschen Gesetzgeber*innen,

Wir, israelische Journalist*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen, Politiker*innen und Akademiker*innen, die in Israel, Deutschland und auf der ganzen Welt leben, erheben einen entschiedenen Widerspruch gegen einen [Gesetzentwurf](#), den die hessische Landesregierung auf Bundesebene vorantreibt. Er zielt darauf ab, öffentliche Äußerungen, die das Existenzrecht Israels leugnen, unter Strafe zu stellen. Wir verstehen und schätzen Deutschlands besondere historische Verpflichtung gegenüber Jüdinnen und Juden sowie gegenüber Israel. Dennoch ist diese Art von Gesetzgebung dem Interesse aller friedliebenden Menschen in der Region und weltweit abträglich.

Der Gesetzentwurf beruht nicht auf einer realen Bedrohung von Israels Existenz oder seiner Bevölkerung. Der Staat wird von der überwältigenden Mehrheit der Länder der Welt anerkannt, darunter auch die UN-Delegation, die die Palästinenser*innen vertritt. Israel ist Mitglied internationaler Institutionen und ein führender Partnerstaat der Europäischen Union. Der Staat wurde 1948 auf der Grundlage einer Entscheidung der internationalen Gemeinschaft durch die UN-Generalversammlung gegründet.

Darüber hinaus ist Israel eine führende Militärmacht, die ihre geostrategische Dominanz im Nahen Osten durch den anhaltenden Einsatz militärischer Gewalt in den vergangenen drei Jahren unter Beweis gestellt hat. Internationalen Quellen zufolge verfügt Israel zudem über die endgültige Absicherung seines langfristigen Fortbestands: ein bedeutendes Nukleararsenal.

Der Versuch, die Leugnung des Existenzrechts Israels unter Strafe zu stellen, hat daher nichts mit Israels tatsächlicher Existenz zu tun. Er dient der Unterdrückung von Meinungsäußerungen, die die gewaltsamen und diskriminierenden Strukturen, die Israel beherrschen, grundlegend in Frage stellen. Diese Strukturen sind verantwortlich für die anhaltende gewaltsame Besatzung der palästinensischen Gebiete, Israels regionale Expansionspolitik und die verheerende Zerstörungskampagne im Gazastreifen.

Überall dort, wo Menschen an Menschenrechte und Völkerrecht glauben, muss scharfe Kritik an Israels Besatzung und Kriegsverbrechen, an der strukturellen Unterwerfung des palästinensischen Volkes und an Israels Missachtung internationaler Normen Gehör finden. Wenn diese Kritik als Antizionismus formuliert wird und auf die anhaltenden Verfehlungen Israels abzielt, bleibt sie eine legitime politische Meinungsäußerung. Zur Ahndung von Antisemitismus, Volksverhetzung oder Aufrufen zur Gewalt stehen im deutschen Recht bereits hinreichende Mittel zur Verfügung.

Der Gesetzentwurf zielt vielmehr darauf ab, pro-palästinensische Stimmen zu delegitimieren und an den Rand zu drängen. Er soll den Interessen der gegenwärtigen israelischen Führung dienen, die Kritik am Staat Israel als Antisemitismus brandmarkt und mithilfe solcher Vorwürfe die Diskussion von Israels Handlungen weg und hin zu abstrakten Existenzrechten zu verschieben.

Die Gesetzgebung entspricht auch dem Bestreben der israelischen Rechten, palästinensischen und linken Widerspruch im eigenen Land zu delegitimieren. Unter der derzeit in Deutschland geltenden Antisemitismus-Definition droht das Gesetz, die politischen Positionen aller nicht-zionistischen Parteien in Israel zu kriminalisieren – und damit auch die ihrer Wähler*innen: palästinensische Staatsbürger*innen Israels und progressive Jüdinnen und Juden.

Doch während Israels Existenz nicht ernsthaft in Frage gestellt wird, leugnet Israel in der Realität das Existenzrecht des palästinensischen Volkes – sowohl kollektiv als auch individuell. Den Palästinenser*innen wird durch ausdrückliche Staatspolitik das Recht auf Eigenstaatlichkeit und Selbstbestimmung verweigert. Das israelische Parlament stimmte jüngst mit großer Mehrheit für eine Resolution, die jede Aussicht auf palästinensische Eigenstaatlichkeit neben Israel ablehnt. Palästinenser*innen werden systematisch entmenslicht, wie das jüngst von der rechtsextremen Regierung verabschiedete rassistische Todesstrafen-Gesetz eindrücklich belegt.

Die entscheidende politische Frage im Nahen Osten, die wir zur Debatte stellen möchten, ist nicht das Existenzrecht Israels, sondern das Recht der Palästinenser*innen auf Leben, Freiheit und kollektive Selbstbestimmung.

Ähnlich wie in Deutschland kennen auch wir Israelis den Aufstieg einer autoritären Rechten aus eigener Erfahrung. Wir sind der Überzeugung, dass diese Art von Gesetzgebung den Raum für demokratischen politischen Diskurs und Protest weiter einengt. Sie delegitimiert Stimmen jenseits des Mainstreams – ohne wirkliche Not oder Rechtfertigung. Die Aushöhlung der Meinungsfreiheit in Deutschland ist eng mit der Frage Israel/Palästina verknüpft. Wir halten das für schädlich für Israelis und Jüdinnen und Juden, die so mit staatlich sanktionierter Zensur in Verbindung gebracht werden. Der Gesetzentwurf wird diesen Trend auf eine neue und gefährlichere Stufe heben.

Wenn Deutschland an die grundlegenden Werte der Menschenrechte, des Völkerrechts und der freien Meinungsäußerung glaubt und die liberalen Kräfte innerhalb Israels stärken möchte, darf es dieses gefährliche Gesetz nicht verabschieden. Stattdessen sollte es all seine diplomatische Kraft aufbieten, um Israel – entsprechend seinen internationalen Verpflichtungen – dazu zu drängen, seinen Kurs zu ändern, die Besatzung palästinensischen Landes zu beenden und die für Kriegsverbrechen Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Als Israelis sind wir der Meinung, dass es kontraproduktiv wäre, für Israel einen Sonderstatus zu schaffen, der sich von dem jedes anderen souveränen Staates unterscheidet.

Wenn Deutschland Israels Zukunft und dem Gedeihen jüdischen Lebens in der Region etwas bedeutet, muss es seine Kampagne der Verfolgung und seine bedingungslose Unterstützung der israelischen Regierung beenden.

ENGLISH

Israelis Opposing the Criminalization of Political Expression Regarding Israel's Right to Exist

To German legislators,

We, Israeli journalists, activists, artists, politicians, and academics, living in Israel, Germany, and around the world, wish to express our strongest objection to the [proposed legislation](#) promoted at the federal level by the government of Hessen, which aims to criminalize public statements denying Israel's right to exist. While we understand and appreciate Germany's unique historical commitment to Jews and to Israel, this type of legislation is detrimental to the interests of peace-seeking people in the region and around the world.

The proposed legislation is not grounded in a real threat to Israel's existence or to its people. The state is recognized by the vast majority of countries in the world, including the UN delegation representing the Palestinians. Israel is a member of international institutions and

a leading partner of the European Union. The state was established in 1948 through the power and consent of the international community, via the UN General Assembly.

Moreover, Israel is a leading military power that has demonstrated its geostrategic dominance in the Middle East through its persistent use of military force over the past 3 years. According to international sources, Israel also holds the ultimate guarantee of its persistence over time – a significant nuclear arsenal.

The attempt to outlaw the denial of Israel's right to exist thus has nothing to do with Israel's actual existence but with the suppression of speech that fundamentally challenges the violent and discriminatory structures ruling Israel – the structures responsible for the ongoing violent occupation of the Palestinian territories, Israel's regional expansionist policy, and the devastating campaign of destruction unleashed in Gaza.

Wherever people believe in human rights and international law, sharp criticism of Israel's occupation and war crimes, its structural subjugation of the Palestinian people, and its disregard for international norms should be heard. When this criticism is expressed as anti-Zionism and addresses Israel's historically persistent wrongdoings, it remains legitimate speech. To address cases of antisemitism, incitement, or calls to violence, adequate measures already exist within German law.

The proposed legislation is meant rather to delegitimize and marginalize pro-Palestinian voices. It aims to serve the interests of the current Israeli leadership, which wishes to paint harsh criticism of the state of Israel as antisemitism and attempts to use these accusations to shift the conversation away from Israel's actions and toward the realm of abstract rights to exist.

The legislation is also aligned with the Israeli right's attempt to de-legitimize Palestinian and leftist dissent at home. Under the current interpretation of antisemitism in Germany, the legislation risks criminalizing the political positions of all non-Zionist parties in Israel and their voters, namely Palestinian citizens of Israel and progressive Jews.

However, while there is no serious challenge to Israel's existence, Israel is, in reality, denying the Palestinian people's right to exist, both collectively and individually. Palestinians are denied statehood and the right to self-determination by state proclamation in Israel, whose parliament recently voted by a large margin on a resolution rejecting any prospect of Palestinian statehood alongside Israel. They are consistently dehumanized, as evident by the latest racist death penalty legislation passed by the far-right government. The main political question in the Middle East, which we encourage engaging with, is not about Israel's right to exist but about the Palestinians' rights to life, freedom, and collective self-determination.

Like Germans, we Israelis are familiar with the rise of an authoritarian right in our country. We believe this type of legislation signals a shrinking space for political conversation and protest. It delegitimizes voices outside the mainstream – without real need or justification. We see that in Germany, the erosion of freedom of expression is closely tied to the issue of Israel/Palestine, and we believe this association is harmful to Israelis and Jews, who are being associated with state-sanctioned censorship. The proposed legislation will bring this trend to a new and more dangerous level.

If Germany believes in the basic values of human rights, international law, and free speech, and if it wishes to strengthen liberal forces within Israel, it must not adopt such a dangerous law. Instead, it should use all of its diplomatic power, in accordance with its international obligations, to urge Israel to change course, end the occupation of Palestinian land, and bring those responsible for war crimes to justice. As Israelis, we believe it would be counterproductive to create an exceptional legal status for Israel, different from that of any other sovereign country.

If Germany cares about Israel's future and the flourishing of Jewish life in the region, it must end its campaign of persecution and its unequivocal support for the Israeli government.

Unterzeichnenden / Signatories

1. Avrum Burg, former Speaker of the Knesset
2. Dr. Ofer Cassif, Member of Knesset
3. Aida Touma-Sliman, Member of Knesset
4. Tomer Dreyfus, Author, Translator
5. Prof. Amos Goldberg, The Hebrew University of Jerusalem
6. Prof. Itamar Mann, International law Scholar, Universität Muenster
7. Dr. Hila Amit, Author
8. Dr. Lee Mordecai, Hebrew University
9. Haggai Matar, Executive Director, +972 Magazine
10. Sari Bashi, Human rights lawyer and writer
11. Uri Weltmann, National Organizer, Standing Together
12. Prof. Moshe Behar, Mizrhi Civic Collective
13. Dr. Ishai Menuchin, November Books
14. Dr. Anat Matar, Senior lecturer (retired), philosophy, Tel Aviv University
15. Noa Levy, Human Rights Lawyer
16. Meron Rapoport, Journalist
17. Alon Sahar, Reasons of State Monitor, Israelis for Peace
18. Tamar Glezerman, Israelis For Peace Co-founder (NYC)
19. Prof. dr. Itamar Shachar, Assistant Professor of Sociology, Hasselt University
20. Assaf Gruber, artist and filmmaker
21. Dani Gal, Artist
22. Shoham Smith, Writer and activist
23. Dr. Alma Itzhaky, Artist
24. Nimrod Flaschenberg, Israelis for Peace
25. Tamar Raphael, Writer
26. Dr. Karin Loevy, NYU Law & Academia for Equality
27. Dr. David Katzin, Wageningen University & Research
28. Guli Dolev-Hashiloni, Technical University, Berlin
29. Dr. Matan Kaminer, Queen Mary University London / Academia for Equality
30. Dr. Efraim Davidi, Tel Aviv University
31. Shalev Moran, Artist and Game Designer
32. Prof. Yuval Yonay, University of Haifa
33. Maayan Strauss, artist and architect, co-founder of PlattenBaum
34. Michael Sappir, Writer
35. Dr. Gilad Nir, University of Potsdam
36. Dr. Michal Givoni, Free University of Berlin
37. Dr. Shaked Spier, Rosa Luxemburg Foundation, Israel Office

38. Yotam Ben-David, filmmaker
39. Yael Lerer, Publisher and translator, Franco-Israéliens pour une pression Internationale réelle sur Israël
40. Dr. Shany Grossman, Hamburg University
41. Erica Sigmon, Gush neged haKibush b'new york
42. Doron Ben David, Musician, independent activist - Radical bloc TLV, Boycott from within
43. Dr. Avital Barak, Research Fellow, Nova University, Lisbon
44. Rachel Hagigi, artist and activist
45. Oneg Ben Dror, NGO worker
46. Prof. Hagit Borer, Professor of Linguistics, FBA
47. Prof. Avner Ben-Amos
48. Abigail Coorsh, The Open University of Israel
49. Daniel Yavin Erez, Senior Editor at Haaretz
50. Yehudit Yinhar, artist
51. Dr. Jonathan Preminger, Cardiff University
52. Nurit Peled Elhanan, Hebrew University
53. Michal Baror, PhD candidate, HFBK Hamburg
54. Dr. Roni Tzoreff, Academia for Equality
55. Prof. Nomi Shir, Ben-Gurion University
56. Dr. Zohar Weiman Kelman, Ben Gurion University
57. Dr. Ido Katri
58. Dr. Felix Laub, Weizmann Institute (retired)
59. Dr. Itamar Kastner, Scottish Universities Jewish Staff Network
60. Prof. Jonathan Ginzburg, Professor of Linguistics, Université Paris Cité
61. Orr Comay, Tel Aviv University
62. Amir Segal, poet
63. Dr. Yael Dayan
64. Dr. Arie Dayan, historian and journalist
65. Ron Rothschild, Documentary Film Director
66. Amotz Giladi, writer and translator
67. Yuval Gal Cohen, JID - Jewish-Israeli Dissent Leipzig
68. Addam Yekutieli, Artist
69. Tom Givol, Israelis For Peace
70. Gal Levy
71. Dr. Yoav Beirach, Max Planck Institute for the History of Science, Berlin
72. Mr. Or Mizan
73. Sharon Weitzman, Israeli peace activist
74. Erez Shany, Active in the West Bank
75. Sharon Bar-Kochva, Yiddishiste
76. Iris Ronen, Psychotherapist
77. Dr Uri Horesh, University of St Andrews
78. Dr. Dina Berdichevsky, Tel Aviv University and Leibniz Center for Literature
79. Michal Grynbaum, Diaspora action group Amsterdam
80. Amir Bitan, former activist in Sheikh Jarrah and Ta'ayush
81. Dr. Dina Katz, research fellow, Leiden

82. Dr David Katzin, Academia for Equality
83. Nuni Tal, A mediator
84. Dr. Michal Sapir, writer and musician
85. Dr. Lian Malki-Schubert, Israelis for peace NYC
86. Dr. Ilya Ziblat Shay
87. Zuraya Hadad, Activist
88. Daniel Bernstein, Translator
89. Ofer Neiman, Human rights activist
90. Naama Farjoun, Activist, israelí citizens in Spain for sanctions against Israel
91. Dr. Omri Metzger
92. Amos Gvirtz, Don't say we did not know